

Amtliche Bekanntmachungen

Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Duisburg über das Verbot des Badens im Rhein

Die Stadt Duisburg hat gemäß dem Dringlichkeitsbeschluss vom 02.09.2025 als örtliche Ordnungsbehörde für das Stadtgebiet Duisburg folgende Verordnung erlassen.

Diese Verordnung beruht auf

§§ 1, 27 und 31 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden – Ordnungsbehördengesetz (OBG) – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NW. S. 528), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2024 (GV. NRW. S. 1184) und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juli 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 163).

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt für das Stadtgebiet der Stadt Duisburg auf folgenden Rheinabschnitten:

Rechtsrheinisch

von km 759,7 bis km 769,3,

von km 794,6 bis km 797,5

Linksrheinisch

von km 767,1 bis km 769,3

entlang des Rheinuferes, soweit es im Gebiet der Stadt Duisburg liegt.

(2) Unberührt von dieser Verordnung bleibt § 2 der Verordnung über das Baden in den Bundeswasserstraßen Rhein und Schifffahrtsweg Rheinkleve im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Duisburg (BadeVRhein-Kleve). Danach ist es, bezogen auf Duisburg, im Rhein auf der ganzen Breite der Wasserstraße von 100 m oberhalb bis 100 m unterhalb der Hafeneinmündungen, der Brücken, der Schiffs- und Fährlandestellen, der Schleusenanlagen einschließlich ihrer Vorhöfen, der Umschlagstellen und Schiffsbauwerften sowie

jeweils bis zur Strommitte

auf der rechten Stromseite

von km 769,3 bis km 794,6,

auf der linken Stromseite

von km 769,3 bis km 794,6

verboten, zu schwimmen und zu baden.

§ 2 Verbot des Badens im Rhein

(1) Die Stadt Duisburg untersagt innerhalb des Geltungsbereiches dieser Ordnungsbehördlichen Verordnung das Baden im Rhein.

(2) Als Baden im Sinne des Absatz 1 gilt das planmäßige Verweilen mit dem Körper in mehr als jeweils knöcheltiefem Wasser des Rheines, insbesondere zu Erholungs-, Sport- oder Freizeitzwecken.

(3) Ausgenommen von dem Verbot sind:

- Maßnahmen von Behörden oder Rettungsdiensten im Rahmen ihrer Aufgaben;
- Übungen und Einsätze von Wasserrettungsdiensten oder der Feuerwehr;
- genehmigte Veranstaltungen mit ausdrücklicher Erlaubnis der Stadt Duisburg;
- das kurzzeitige Ein- und Aussteigen beim An- und Ablegen von Wasserfahrzeugen sowie das Zuwasserlassen oder Herausziehen (Slippen) von Wasserfahrzeugen an dafür vorgesehenen Stellen;
- das Ausüben von Angelsport und Watfischerei.

§ 3 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 31 Absatz 1 OBG NRW handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen das Verbot des Badens im Rhein aus § 2 Absatz 1 verstößt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1.000 Euro geahndet werden.

Herausgegeben von:
Stadt Duisburg, Der Oberbürgermeister
Amt für Personal- und Organisationsmanagement
Sonnenwall 77-79, 47049 Duisburg
Telefon (02 03) 2 83-36 48
Telefax (02 03) 2 83-6767
E-Mail amtsblatt@stadt-duisburg.de
Das Amtsblatt erscheint zweimal im Monat
(ohne Sonderausgaben)
Druck: Amt für Innovation und Zentrale Services

K 6439

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
Deutsche Post AG

§ 4 Inkrafttreten, Geltungsdauer

Diese Ordnungsbehördliche Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Sie ist bis zum 31.12.2044 befristet.

Vorstehende Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Duisburg über das Verbot des Badens im Rhein für die Stadt Duisburg wird hiermit verkündet.

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Verordnung kann gemäß § 7 Abs. 6 Satz 1 GO NRW nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Verordnung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) die Oberbürgermeisterin bzw. der Oberbürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Duisburg vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Duisburg, den 2. September 2025

Link
Oberbürgermeister

Auskunft erteilt:
Frau Schmidt
Tel.-Nr.: 0203 283-2417